

19. 10. 1972

Werden Kali-Untertageanlagen zur Deponie für Sondermüll?

Pläne der Unternehmensleitung werden geprüft

Buggingen. Das zur Unternehmensgruppe „Kali und Salz“ in Kassel gehörende Kalibergwerk Buggingen, dessen Stilllegung im Frühjahr des kommenden Jahres bereits feststeht, erwägt die Möglichkeit, in den Grubenanlagen eine staatlich genehmigte Deponie für Sondermüll einzurichten. Dies geht aus einem Gespräch hervor, das der Gemeinderat von Buggingen dieser Tage mit der Werksleitung über das Problem, für die freiwerdenden Mitarbeiter geeignete Arbeitsplätze zu finden, geführt hat. (Siehe auch Landesumschau.)

In dem Gespräch mit dem Gemeinderat von Buggingen wurde von Direktor Blumenkamp vom Kalibergwerk Buggingen darauf abgehoben, daß die Einlagerung von Sondermüll, der von allem bei der chemischen und metallverarbeitenden Industrie anfällt, mit den erforderlichen Ausbau- und Stilllegungsarbeiten verbunden werden könnte. Das würde für einige der Betriebsangehörigen die Möglichkeit zur weiteren Beschäftigung bedeuten.

Gegenüber dem Gemeinderat betonte Direktor Blumenkamp, daß unter diesem Sondermüll natürlich nichts zur Einlagerung komme, was durch schädliche Gase oder andere Vorgänge die Umwelt gefährden könne. Mit dem Grundwasser käme der Müll nicht in Berührung. Der „Badischen Zeitung“ erläuterte Direktor Blumenkamp, daß es sich bei diesem „Sondermüll“ vorwiegend um Zyanide und Nitrate handeln würde, die unter Anwendung der bergpolizeilichen Vorschriften in einer Tiefe von rund 800 Metern eingelagert werden könnten.

Das Kalibergwerk Buggingen wolle den vorhandenen Hohlraum zur Verfügung stellen, damit diese umweltgefährdenden Rückstände an einen sicheren Platz abgelagert werden können. Die Einlagerung und der Abschluß der entsprechenden Stollen werde mit größter Sorgfalt betrieben. Eine Gefahr für die Umwelt an der Oberfläche sei auszuschließen.

In den nächsten Wochen soll bei einer Befahrung der Untertageanlagen mit Sachverständigen der Landesregierung abschließend geklärt werden, ob diese „Sondermülldeponie“ unter Tage verwirklicht werden könne. Direktor Blumenkamp versicherte außerdem, daß in Buggingen voraussichtlich nur Rückstandsmüll

aus Baden-Württemberg und der benachbarten Schweiz eingelagert werden solle.

Auf keinen Fall soll, das wurde von der Werksleitung sowohl dem Gemeinderat von Buggingen als auch der „Badischen Zeitung“ versichert, in den Grubenanlagen Atommüll aus den in unmittelbarer Nachbarschaft entstehenden nuklearen Kraftwerken abgelagert werden. Direktor Blumenkamp wies darauf hin, daß für die Ablagerung von Atommüll druckfreie unterirdische Räume zur Verfügung stehen müssen. Das sei bei dem hohen Bergdruck, unter dem die Schachtanlagen in Buggingen stehen, nicht möglich.